

Verantwortliche sichern IGI-Gegnern Transparenz zu

Gemeinsamer Ausschuss der Verwaltungsgemeinschaft gibt Startschuss für Änderung des Flächennutzungsplans



Vor dem Biberacher Rathaus protestierten IGI-Gegner. Der gemeinsame Ausschuss der Verwaltungsgemeinschaft brachte trotzdem einen weiteren Verfahrensschritt auf den Weg.
Foto: Markus Dreher

Der gemeinsame Ausschuss der Verwaltungsgemeinschaft Biberach hat einstimmig das Verfahren zur 5. Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) eingeleitet. Dieses bezieht sich auf das interkommunale Industriegebiet (IGI) im Rißtal, das Biberach, Maselheim, Schemmerhofen und Warthausen nördlich von Herrlishöfen anstreben.

Der Biberacher Baubürgermeister Christian Kuhlmann sagte, dass dieses komplexe Vorhaben bewusst in ein separates Verfahren gepackt worden sei. Andere FNP-Änderungen betreffen jeweils mehrere Wohn- und Gewerbegebiete auf einmal. Doch beim IGI Rißtal gelte es viele Details zu klären. Dazu zählt Kuhlmann ausdrücklich all die Fragen, die IGI-Gegner in den vergangenen Wochen gestellt hatten: „Das sind ernst zu nehmende Themen, die jetzt ausgewertet werden.“ Genau dazu sei das jetzt startende Verfahren da, sagte er und erläuterte den „umfassenden Beteiligungsprozess“. Bevor eine Firma im IGI zu bauen beginne, bekämen die Bürger noch mindestens „viermal die Möglichkeit, über das Projekt zu diskutieren“ – zweimal im FNP-Verfahren, dann folge eine zweistufige Beteiligung zum Bebauungsplan. Die Fragen würden immer differenziert beantwortet.

Kuhlmann sagte Transparenz zu, „wir haben nichts zu verbergen“. So würden die Grundlagen für die Auswahl der ins Auge gefassten Fläche bei Herrlishöfen ebenso öffentlich gemacht wie die folgenden Gutachten etwa zur Umwelt, zum Verkehr und zum Lärm. Es solle eine Bürgerversammlung geben. Im Lauf dieses Prozesses „kann es zu anderen Bewertungen und Abgrenzungen kommen“. Bei aller Transparenz und bei allem Verständnis für die Furcht betroffener Bürger sollen die anstehenden Analysen aus Kuhlmanns Sicht aber auch die Debatte versachlichen. „Wir gehen auf die Fragen ein, aber wir müssen es sachlich fundiert

tun.“ Es genüge nicht, „nur zu sagen, es ist mir zu viel Lärm“. Das müsse untersucht werden und es gebe klare Grenzwerte, was hinzunehmen sei und was nicht.

Der Warthäuser Bürgermeister Wolfgang Jautz gab zu verstehen, dass er durch dieses Verfahren den Wunsch des Warthäuser Rats nach Gutachten erfüllt sieht. Er deutete an, dass „ein Bürgerbegehren kommen könnte“. Im Biberacher Rathaus zeigten IGI-Gegner Transparente. Der Biberacher Oberbürgermeister Norbert Zeidler tolerierte dies, da kein Ausschussmitglied sich beeinträchtigt fühlte (weiterer Bericht folgt).